

# Protokoll zur Sitzung des Beirats Bürgerschaftliches Engagement vom 15.11.2018 um 17 Uhr im Rathaus, Großer Sitzungssaal

Öffentlich

1. 5G Mobilstandard  
Vortrag von Herrn Blüher, Agendagruppe Mobilfunk  
- danach Gedankenaustausch
2. Bezahlbarer Wohnraum in Ravensburg  
Wohnen ist in Ravensburg teuer. Wie kann das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum gestärkt werden? Wie kann man den Anteil an Sozialwohnungen erhöhen?  
- Mündlicher Bericht
3. Bekanntgaben, Verschiedenes  
ggfs. Tischvorlagen

## TOP 1 5G Mobilstandard

### **Begrüßung und Einführung Erster Bürgermeister (EBM) Simon Blümcke**

**Erster Bürgermeister Blümcke** betonte in seiner Begrüßung den Wunsch in Ravensburg, die Stadt zu einem 5G-Mobilfunkstandort zu machen. Bei einem Bürgerworkshop zur Digitalisierung der Stadt am 23.10.2018 hätten sich jüngere und ältere Bürger vernetzt mit der Absicht, eine neue "Agendagruppe Digitalisierung" zu gründen. Dazu begrüßte er Herrn Patrick Pfau.

**Bürgermeister (BM) Dirk Bastin** sagte, es sei wichtig, die Debatte um die digitale Transformation, die in Deutschland stattfindet und mit der sich aktuell auch das Bundeskabinett beschäftigt, öffentlich zu führen. Es gebe eine berechtigte Diskussion derer, die sich Sorgen machen und derjenigen Menschen, die besonders empfindlich sind. Es stelle sich die Frage: "Wie können wir Schutzzonen zur Verfügung stellen?"

**Wolfgang Blüher von der Agendagruppe Mobilfunk** stellte in seinem Vortrag den 5G-Mobilfunkstandard dar. Er wies darauf hin, dass durch 5G-Funktechniken eine zehnfache bis hundertfache Strahlenbelastung zu erwarten sei und bat darum, die Aspekte der Umwelt- und Gesundheitsschädlichkeit zu berücksichtigen, zumal es warnende Stimmen von Medizinern und Wissenschaftlern gebe. Für die Agendagruppe Mobilfunk sei Digitalisierung kein Problem, solange sie kabelgebunden sei. Ziel der Gruppe sei es, die Strahlenbelastung möglichst gering zu halten.

**PRÄSENTATION Herr Blüher:** <https://www.ravensburg.de/rv/gesellschaft-soziales/buergerengagement-agenda/beirat-be.php>

**Anke Bay** äußerte Besorgnis von Seiten der **Selbsthilfegruppe für Umweltkranke Ravensburg** (2012 gegründet), was den 5G-Standort Ravensburg angeht und stellte Beispiele für Symptome von Umweltkranken und ihre Belastungen wie z. B. starke Konzentrationsstörungen oder Erschöpfung durch Strahlung oder z. B. Elektrosmog dar. Sie formulierte den Wunsch nach einem Schutzraum bzw. einem strahlungsarmen Gelände als Schutzzone in der Stadt, wo sich Betroffene niederlassen können.

**PRÄSENTATION Frau Bay:** <https://www.ravensburg.de/rv/gesellschaft-soziales/buergerengagement-agenda/beirat-be.php>

**Wolfgang Blüher** merkte an, es sei eine Frage der Zeit, bis es immer mehr Elektrosensible gebe. Die Zahl der Belasteten habe in den letzten Jahren zugenommen. Die Politik trage Verantwortung. Er stellte die Frage, wie man bei einer 5G-Modellstadt umwelt- und gesundheitsverträgliche Standards mit Schutzzonen setzen könne. Sein Vorschlag: Agendagruppe Mobilfunk, Frau Bay und Interessierte bilden einen Arbeitskreis und besprechen die Digitalisierung der Stadt.

**BM Bastin** sagte, es sei wichtig, die Herausforderungen der digitalen Transformation anzunehmen und sich Gedanken zu machen, wie man sie gemeinsam gestalten könne. Auch Glasfaser und Kabel seien für Sensible belastend. Man müsse versuchen, im Gemeinderat im Mobilfunkdialog gesonderte Vereinbarungen zu treffen. Man spreche beim Mobilfunk von einem realen Frequenzband von 3 bis 10 Gigahertz, das entspreche dem Frequenzband, das heute WLAN bediene (2 bis 5 GHz) und sei der exakt gleiche Funkstandard. Das sei wichtig zu wissen, weil wir bereits ein öff. WLAN-Netz und hunderte weiterer privater WLANs in Ravensburg haben.

Weil Armin Walter von TeleData GmbH Friedrichshafen noch nicht anwesend war (er kam gegen 18.45 Uhr), zeigte **Herr Bastin** die Präsentation von Herrn Walter.

**PRÄSENTATION von Herrn Walter:** <https://www.ravensburg.de/rv/gesellschaft-soziales/buergerengagement-agenda/beirat-be.php>

**BM Bastin** sagte, es gehe vor allem um das IoT (Internet of Things = Internet der Dinge). Diese Herausforderung komme auf Ravensburg und auf alle weltweit zu. Es sei beispielsweise für das autonome Fahren nötig. Man müsse die Debatte transparent, offen und ehrlich führen. Die Menschen in der Stadt fragten zunehmend freies WLAN in der Stadt und in den Bussen nach, das Nutzerverhalten ändere sich. Ab 5.30 Uhr / 6 Uhr werde das WLAN-Netz intensiv genutzt. Zwar glaube er nicht, dass man 5G infrage stellen könne, aber die Debatte um Schutzzonen müsse man sehr ernst nehmen.

## Diskussion

**Josef Haag von der Agendagruppe Nordstadt** fragte, ob die Kupferkabel, die es in Ravensburg überwiegend gebe, verwendet werden könnten und ob Haushalte und Industrie neu verkabelt werden müssten.

**Armin Walter von der TeleData GmbH Friedrichshafen** sagte, Kupfer sei ein Medium, das der Vergangenheit angehöre. Die Zukunft werde das Glasfaserkabel sein. Er sieht WLAN/5G und Glasfaserkabel als künftige Symbiose. Im Bereich der Gewerbegebiete sei es die Aufgabe, an jedes Gebäude Glasfaser anzubringen.

**BM Bastin** merkte an, dass bei den großen Datenmengen im Gewerbebereich Kupfer nicht ausreiche. Die Lösung sei Glasfaser bis hin zum Arbeitsplatz. Er sei der festen Überzeugung, wenn es einen 5G-Standard in Deutschland gebe, würden 5G-Frequenzen nur an die vergeben, die garantieren könnten, dass das flächendeckend bis 2022 komme.

**Stadträtin Gisela Müller (SPD)** merkte an, dass wir zwar angehalten seien, Energie zu sparen, im Hintergrund würden aber Unmengen von Energie verbraucht. "Wo sollen wir die herkommen?", fragte sie.

**BM Bastin** antwortete, dass 5G, wenn es flächendeckend eingesetzt werde, effizienter sei als dezentrale WLAN-Netze, von denen wir derzeit sicher mehr als 5000 in Ravensburg hätten und die nur kurze Reichweiten hätten.

**Hedi Weiler-Kiderlen** von der Agendagruppe Oststadt sagte, der Gedanke an Schutzwohnräume müsse möglich sein und stellte die Frage an die Verwaltung: Wo und wie?

**BM Bastin** sagte, die Stadtverwaltung müsse die Situation ernst nehmen. Das müsse die Politik (Gemeinderat) nachhaltig entscheiden. Schutzzonen könne es geben, wenn die Stadtverwaltung den Auftrag vom Gemeinderat bekomme, 5G-Modellkommune zu sein und gleichzeitig Räume ohne 5G-Strahlung als Schutzraum einzurichten. Man müsste Plätze finden - eher im ländlichen Raum. "Vielleicht schaffen wir es, eine Modellkommune mit Schutzraum zu sein."

**EBM Blümcke** fügte hinzu, diese Doppelung sei ein kluger Ansatz und biete eine echte Toleranz für die Gesundheitsgefährdeten.

**Franz Ruile von der Agendagruppe Weststadt** stellte die Frage, ob man bei der 5G-Thematik Hausanschlüsse brauche und ob eine 5G-Modellstadt Ravensburg heiße, dass die Auswirkungen auf die Gesundheit aller Lebewesen untersucht würden.

**Armin Walter** antwortete auf die erste Frage, dass man mit flächendeckendem 5G wegkommen könne von Einzelanschlüssen pro Haus.

**BM Bastin** sagte, es sei wichtig, fair, offen und transparent darüber zu reden, wenn es Veränderungen im Gesundheitsbewusstsein und eine verstärkte Nachfrage nach Schutzräumen gebe.

**Herr Ruile** fragte nach, ob man die Schäden erst viel später erkennen könne.

**Herr Blüher** antwortete, die Schäden seien seit Jahren dokumentiert, selbst Bäume zeigten Mobilfunkschäden.

**BM Blümcke** stellte die Ambivalenz des Themas dar am Beispiel Schulen. Der Gesamtelternbeirat sei der Meinung, bei der Digitalisierung der Grundschulen sei die Stadt zu langsam. Viele Eltern fordern das für ihren Nachwuchs ein.

**Stadtrat Rudi Hämmerle (CDU)** dankte Herrn Blüher, der ihn für das Thema sensibilisiert habe. Als Kommunalpolitiker sei ihm der Schutz der Menschen wichtig, deshalb begrüße er Schutzzonen, das müsste seiner Ansicht nach möglich sein. Gleichzeitig müsse man die neue Technologie annehmen, man habe keine andere Chance.

**Stadträtin Maria Weithmann (Grüne)** begrüßte es, dass Herr Blüher und die Agendagruppe Mobilfunk die Digitalisierung nicht grundsätzlich ablehnten, die auch wichtig sei, die Energie- und Verkehrswende zu bewältigen. Das sei ein Spannungsfeld und erzeuge eine Herausforderung auf allen Ebenen. Sie warnte vor dem bisherigen Fehler, den Markt immer mehr unterschiedlichen Mobilfunkanbietern parallel zu überlassen.

**Wolfgang Blüher** sagte: Eine Gesellschaft messe sich an den Werten, wie sie mit Schwächeren umgehe. Deshalb müsse die Digitalisierung so umwelt- und gesellschaftsverträglich wie möglich sein.

**BM Bastin** räumte den "Wildwuchs" mit 4G ein, der zu mehr Strahlenbelastung führe und betonte die Chancen von 5G: "Wir machen das nicht mit privaten Anbietern, sondern geordnet, wir gestalten das Netz der Zukunft selber." Dann brauche man das WLAN in den Haushalten auch nicht mehr. Trotz anfänglicher Doppelung könne ein flächendeckendes Konzept die anderen Standards (3G, 4G...) ersetzen.

**Stadtrat Rolf Engler (CDU)** wies auf den Spagat zwischen technologischem Fortschritt und der Gesundheit der Bürger hin. Angesichts der Bemühungen der Landesregierung, die Digitalisierung auch aufs Land zu bringen, warnte er vor zu viel Hoffnung auf Schutzräume. Er sieht das 5G-Projekt als Chance für Stadt, Wirtschaft und Handel und nehme aber die sensiblen Bürger mit ihrem Problem sehr ernst.

**Patrick Pfau (künftige Agendagruppe Digitalisierung)**, betonte zunächst, er sei kein "Hardliner für Digitalisierung", sondern der Meinung, dass Chancen und Risiken der Digitalisierung ernst genommen werden müssten. Man müsse bei dem Thema die Befürworter ebenso wie die Kritiker mitnehmen. Man müsse bei der Strahlungsdebatte die Korrelation und die Kausalität von Strahlung unterscheiden. Er stellte infrage, ob man in der Stadt WLAN von Mitternacht bis 6 Uhr morgens brauche.

**BM Bastin** bestätigte, dass es tatsächlich zwischen 0 und 5 Uhr morgens kaum Nachfrage gebe.

**Stadträtin Gisela Müller (SPD)** merkte an, das Thema Schutzzonen sei ein Thema der Teilhabe. Im Krankenhaus sollte es ihrer Ansicht nach Schutzzonen geben, wo sensible Leute behandelt werden können.

**Wolfgang Blüher** sagte, in Schweden würden Umweltkrankheiten als Berufskrankheit anerkannt. In Krankenhäusern gebe es dort Schutzzonen.

**Martin Spener von der Agendagruppe Radfahren in Ravensburg** merkte an, dass jeder Haushalt seine WLAN-Belastung selbst beeinflussen und abschalten könne, 5G jedoch nicht. Er fragte nach den Kosten von 5G.

**BM Bastin** antwortete darauf, dass jeder in seiner Nachbarschaft mindestens fünf WLAN-Netze habe. Zur Preisfrage sagte er, die anfänglichen Doppelstrukturen würden wissenschaftlich begleitet. Ob sich parallel noch manche Glasfaser leisten würden, müsse man untersuchen.

**EBM Blümcke** merkte an, dass die Anbieter "betriebswirtschaftlich unterwegs" seien.

**Franz Ruile** fragte nach der Finanzierung als Modellkommune, den Zuschüssen und Kosten für die Kommune.

**BM Bastin** sagte, den Ausbau mache ein Anbieter, das koste die Stadt nichts. Geld und Personal koste es, wenn man Dinge zurückfahre und Schutzzonen einrichte ebenso wie die wissenschaftliche Begleitung. Es würde einige Folgekosten geben, z. B. Glasfaserkabel mitzuverlegen. Abschließend könne er dazu aber noch nichts sagen.

## **TOP 2 Bezahlbarer Wohnraum in Ravensburg**

**EBM Blümcke** bezeichnete das Thema bezahlbarer Wohnraum als "Megathema" und begrüßte Michael Griebe, den stellvertretenden Leiter des Stadtplanungsamtes und Stefan Goller-Martin vom Amt für Soziales und Familie.

**Hedi Weiler-Kiderlen von der Agendagruppe Oststadt** fragte nach dem Effekt, wenn Bauträger eine Sozialquote von 30 Prozent einhalten müssten wie beispielsweise in Berlin oder Braunschweig. Außerdem fragte sie nach der zeitlichen Fixierung von Sozialwohnungen mit zehnjähriger Sozialbindung.

**BM Dirk Bastin** warf einen Blick zurück in die 60-er und 70er Jahre, in denen viele Sozialwohnungen gebaut worden seien, von denen noch heute viele eine Sozialbindung hätten. In den nächsten drei bis fünf Jahren würden viele dieser Wohnungen aus der Bindung herausfallen, der Bestand an Sozialwohnungen sinke damit. In den letzten Jahren hätten viele Länder ihr Sozialwohnungsförderprogramm auf Null gefahren, es seien keine neuen Sozialwohnungen entstanden. Die Stadt Ravensburg habe eine Sozialquote von 20 Prozent, das gehe jedoch nur dort, wo die Stadt plane. Das habe auch Auswirkungen auf die Bodenpreise, das müsse man untersuchen. Eine hohe Sozialquote wie in Freiburg oder München (50 Prozent) habe auch Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit: Es werde schwierig, wenn Bauträger nicht mehr investieren wollen. Der Stadtverwaltung gehe es nicht um Preise und Preispolitik sondern um sozial durchmischte, bunte Stadtquartiere.

**Hedi Weiler-Kiderlen** betonte, diese Durchmischung sei wichtig in der Oststadt, wo 500 bis 600 Wohnungen entstehen.

**Stadtrat Rudi Hämmerle (CDU)** ist der Meinung, das Bündnis für Wohnraum schaffe keine einzige Sozialwohnung. Die Einkommensgrenzen seien dabei zu hoch. Eine Frau mit 700 Euro Rente könne sich das nach wie vor nicht leisten. Die Stadt müsse echten bezahlbaren Wohnraum schaffen für 300 bis 400 Euro Maximalmiete. Man müsse nachverdichten und auch draußen auf den Dörfern Geschosswohnungen schaffen.

**BM Bastin** sagte, das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum führe dazu, dass Investoren durch das neue Förderprogramm des Landes echte Zuschüsse erhalten. Man müsse die Chancen eines solchen Programms sehen, die den Wohnungsbau und den echten sozialen Wohnungsbau fördern.

**Stadtrat Wolfgang Metzger (FW)** ist der Meinung, bezahlbare Mieten seien nur zu erreichen über eine Förderung, nicht über eine Sozialquote für Bauträger. Die Stadt brauche eine gewisse Menge an eigenen Wohnungen.

**Stadträtin Maria Weithmann (Grüne)** merkte an, das Bündnis decke nicht die Nachfrage von Personen mit Hartz IV, sondern für Durchschnittsverdiener, die sich keine Wohnung leisten können. Die Stadt sei gefordert, mehr in den gemeinnützigen, sozialen Wohnungsbau zu investieren. Als Beispiel nannte sie Freiburg, wo das Siedlungswerk ganze Stadtviertel baue. Weil hohe Grundstückspreise und v. a. Baukosten ein Kostenfaktor seien, plädierte sie für mehr Geschosswohnungsbau, der mache den Wohnraum billiger.

**BM Bastin** sagte, eine echte Förderung sei nötig, das Land habe 280 Mio. Euro ins System gebracht, so entstehe echter Wohnungsbau mit Mietpreisbindung. Die Wohneinheiten würden kleiner, "so große Wohneinheiten können wir uns nicht mehr leisten". Auch Tiny Houses seien ein Thema, man müsse sie zulassen. Prekäre Situationen müsse die Stadt ernst nehmen, man werde zusätzlich kommunale Wohnungen brauchen für Menschen, die sonst am Markt keine Chance hätten. Grundstücke würden wertvoller, weil "wir nicht mehr so viele Flächen ausweisen können. Wir müssen mit der Ressource Boden sehr sorgfältig umgehen." Man rede heute über andere Dichten, es gehe nur, "wenn wir Grund und Boden heute anders nutzen." Einfamilienhäuser in der Stadt werde es nicht mehr geben.

**Dietrich Schürnbrandt vom Veitsburg Sprecherrat** begrüßte die Nachverdichtung, hält sie aber für teilweise übertrieben. Er fragte nach den Nachbarschaften und nach den verkehrstechnischen Lösungen um die Verdichtungsgebiete wie die Wangener Straße, das Rinker-Areal, das Mühlenviertel.

**BM Bastin** sagte, er halte es für wichtig, gemeinsam zu versuchen, die Nachbarschaft zu gestalten, Impulse würden in die Planung einfließen. Wohnen sei ein Grundrecht. Es gäbe

aber immer Situationen, dass Menschen sich nicht selbst versorgen könnten. "Das müssen Kommunen in die Hand nehmen." Ein zentrales Thema sei die Mobilität in dichter werdenden Stadtquartieren, man müsse zukunftsfähige Mobilitätskonzepte schaffen und es müsse der Stadt gelingen, einen guten und günstigen ÖPNV zu schaffen. Nach dem europäischen Stadtmodell müsse man Wohnen und Arbeiten näher zusammenbringen.

**Susanne Spill vom Agenda-Arbeitskreis Familienfreundliches Ravensburg** berichtete, die Agendagruppe bekomme immer wieder Anfragen von Familien, bei denen es um die gute Wohnqualität von Familien gehe, auch für bedürftige Familien. Beachtet werden sollte die Mobilität, dass Familien ohne Auto zurecht kommen können, und wichtig seien auch grüne Freiflächen um deren Wohnungen.

**BM Bastin** antwortete, das sei ein wichtiger Punkt aber manchmal schwierig. Denn wenn sich die Stadt (Ziegelstraße, Nordstadt, Mühlenviertel) verändere, herrsche eine andere Urbanität dort. In den Ortschaften seien Grünflächen noch eher realisierbar. Trotzdem müsse es gelingen, Freiflächen zu schaffen.

**Michael Griebe, stellvertretender Leiter des Stadtplanungsamtes**, berichtete, dass auch die Stadt das Anliegen einer behutsamen, quartiersverträglichen Nachverdichtung habe und versuche, Grün zu erhalten mit Büschen und Rasenflächen. Die Stadt könne nicht den innenstadtnahen Traum erfüllen, aber mit etwas Grün für eine gewisse Privatheit sorgen. Beim Rinker-Areal gebe es höhere Gebäude, die wuchtiger wirken. Dort werde man auf eine Versiegelung von 40 Prozent kommen. Für die Hausgemeinschaft gebe es begehbare Wohnflächen.

**Stadtrat Wolfgang Metzger (FW)** richtete den Blick auf den Flächenverbrauch: Ende der 60er-/70er-Jahre sei er bei 20 qm pro Kopf gelegen, jetzt beim doppelten Wert. Er konstatierte: "Wir haben nicht zu wenig Wohnfläche sondern zu wenig Wohnraum."

Ravensburg, 23.11.2018

Protokoll: Christa Kohler-Jungwirth

**Verteiler:**

Mitglieder des BE-Beirats + Stellvertreter

Sprecher und Vertreter der BE-Gruppen

OB Dr. Daniel Rapp

1. BM Simon Blümcke

BM Dirk Bastin

Büro OB

Herr Goller-Martin, SOZ

Herr Griebe, SPA